

Was tun gegen Rassismus und Rechtsextremismus?!

Arbeitshilfen, Beratungsstellen und Netzwerke

Von Andreas Linder

Mit der sogenannten Flüchtlingskrise haben auch die rassistische und rechtspopulistische Propaganda bis hin zur rechtsextremen Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen sowie sogar gegen VertreterInnen der Politik und für die Flüchtlingsaufnahme zuständigen staatlichen Behörden massiv zugenommen. Aus diesem Grund haben wir insbesondere für die ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit Engagierten in diesem Artikel Informationen zusammengestellt: Über Argumentationshilfen gegen Rassismus und Rechtsextremismus sowie über die Kontaktstellen und Hilfen für Opfer von Rassismus und Rechtsextremismus in Baden-Württemberg und darüber hinaus.

Beratungsstellen und Netzwerke in Baden-Württemberg

LEUCHTLINIE - Neue Beratungsstelle für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg

Betroffene von rechter Gewalt und oft auch ihr soziales Umfeld benötigen besondere Hilfe bei der Bewältigung von psychischen, physischen und materiellen Schäden. Die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e.V. wurde in Zusammenarbeit mit dem Büro und Aktionsnetzwerk der Vielfalt vom Sozialministerium BW sowie der Landeszentrale für politische Bildung BW im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie stärken!“ mit dem Aufbau und dem Betrieb einer landesweiten Beratungsstelle beauftragt. Mit dem Angebot sollen Betroffene passgenaue und bedarfsgerechte Unterstützung erhalten. Die Jugendstiftung BW, die das Demokratiezentrum im Land betreibt, begleitet beratend den Aufbau der Beratungsstelle und übernimmt die Sicherung der Qualitätsstandards. Ab sofort steht LEUCHTLINIE allen Menschen in Baden-Württemberg als direkte Hilfs- und Anlaufstelle zur Seite, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen oder Zeugin einer solchen Tat sind.

Die Beratung umfasst u.a. Auskunft und Informationen, Beratung hinsichtlich polizeilicher Anzeige, ggf. Vermittlung zu juristischer Unterstützung und

Begleitung, ggf. Vermittlung zu psychotherapeutischen ExpertInnen. Die Beratung erfolgt dabei kostenlos, vertraulich, auf Wunsch anonym, unabhängig davon, ob Anzeige erstattet wird/wurde oder nicht und parteilich für die Betroffenen, deren Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen.

Kontakt: Beratungshotline für Betroffene: 0711 / 88 89 99 33, Beratungszeiten: Montags-Freitags 9-17 Uhr, Mittwochs auch 20-22 Uhr
E-Mail: kontakt@leuchtlinie.de, Internet: www.leuchtlinie.de

Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort“

Das Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort. für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ bietet Beratung, Unterstützung und Entlastung für Menschen, die – in welcher Weise auch immer – von rechtsextremen Äußerungen oder Handlungen betroffen sind und/oder sich aktiv dagegen einsetzen wollen. Dafür stehen Fachstellen bei der Jugendstiftung und der LAGO sowie Beratungsstellen in 21 Stadt- und Landkreisen zur Verfügung. Bei den beiden Fachstellen Mobile Beratung laufen Informationen und Anfragen aus dem Beratungsnetzwerk sowie Anfragen von außerhalb zusammen. Hier finden Sie AnsprechpartnerInnen, falls Sie vor Ort keine Beratungsstelle haben oder Informationen, Materialien sowie gezielte Unterstützung bei rechtsextremen oder menschenfeindlichen Vorfällen benötigen.

Massive Zunahme von Rassismus und Rechtsextremismus

Seit spätestens Mitte des Jahres 2015 gibt es ein massives politisches Rollback im Umgang mit Flüchtlingen. Eine Asylgesetzesverschärfung jagt die andere. Während kurzzeitig auch durch die Politik der Bundesregierung eine Offenheit für eine Aufnahme und gute Behandlung von Flüchtlingen vorhanden war, wird mittlerweile alles dafür getan, um Flüchtlinge abzuwehren und abzuschrecken, selbst unter Preisgabe der internationalen Flüchtlings- und Menschenrechte wie beim EU-Türkei-Deal. Wie in den 90er Jahren wird die Verschärfung der Flüchtlingspolitik begleitet von einer massiven Zunahme rechtspopulistischer bis rechts-extremer Propaganda und Gewalt.

Rechtspopulistische Parteien wie die AfD konnten die „Flüchtlingskrise“ nutzen, um auf Kosten der Würde und der Rechte von Flüchtlingen Stimmen zu fangen und sind jetzt mit zweistelligen Prozentanteilen in drei weiteren Landtagen vertreten, auch in Baden-Württemberg. Und „auf der Straße“ haben die Anschläge auf Flüchtlinge, Flüchtlingsunterkünfte, FlüchtlingsunterstützerInnen und auch auf PolitikerInnen, BürgermeisterInnen und die Polizei massiv zugenommen. Nach einer Recherche der Amadeo Antonio Stiftung (www.mut-gegen-rechte-gewalt.de) gab es im Jahr 2015 1.072 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 136 Brandanschläge bzw. 183 Körperverletzungen. 74 (also knapp 7 %) dieser Angriffe haben in Baden-Württemberg stattgefunden. Im Jahr 2016 gab es bundesweit bereits 323 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte (Stand: 28.04.2016).

Kontakt: **Fachstelle Mobile Beratung – Jugendstiftung Baden-Württemberg**, Schlossstr. 23, 74372 Sersheim, Tel.: 0 70 42 / 83 17 -17, Fax: 0 70 42 / 83 17 -40, E-Mail: beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de, oder

Fachstelle Mobile Beratung – Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO) Baden-Württemberg, Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart, Tel.: 07 11 / 89 69 15-23 oder -26, Fax: 07 11 / 89 69 15-88, E-Mail: beratungsnetzwerk@lago-bw.de, Homepage: www.demokratiezentrum-bw.de/beratungsangebote/beratung-gegen-rechtsextremismus/

Die Jugendstiftung Baden-Württemberg betreibt unter dem Titel PREvent!on auch eine Fachstelle zur Prävention von religiös begründetem Extremismus. Kontakt: PREvention@demokratiezentrum-bw.de

Die bestehenden Beratungsstellen in Ihrer Umgebung finden Sie hier: www.demokratiezentrum-bw.de/beratungsangebote/beratung-gegen-rechtsextremismus/

Landeszentrale für politische Bildung: Argumentationstraining gegen Rechts

Das „Team MEX“ der Landeszentrale für politische Bildung bietet ein Handlungs- und Argumentationstraining „Kompetent gegen rechte Sprüche!“ an. Es richtet sich an MultiplikatorInnen der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung, Menschen, die mit Geflüchteten arbeiten, MitarbeiterInnen der öffentlichen Verwaltung, Auszubildende in sozialen Berufen und alle, die sich öffentlich und in ihrem Beruf gegen rechtes Gedankengut zur Wehr setzen wollen. In spielerischen Modellsituationen wird die eigene Reaktions- und Argumentationsfähigkeit geübt und ausgebaut. Rechtsextremistische Argumente, politische (Pseudo-)Erklärungen und populistische Sprüche werden auf ihre emotionale Basis, ihre Wirkung und ihre inhaltliche Bezugnahme überprüft und Gegenstrategien erprobt. Neben den eigenen Stärken werden auch die Grenzen der Wirkungsmöglichkeit eines kommunikativen Engagements aufgezeigt. An einem solchen Tagesseminar können 6 – 18 Personen teilnehmen. Mehr Informationen auf dem Internetportal des Team MEX: www.team-mex.de/3114.html. Dort finden Sie auch weitere Kontaktdaten.

Netzwerke gegen Diskriminierung: Beratung und Sensibilisierung

Unterstützt von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und von Landesministerien sind auch in Baden-Württemberg mehrere Beratungsstellen und -netzwerke gegen Diskriminierung entstanden. Diese setzen sich meist aus erfahrenen Akteuren der Antidiskriminierungsarbeit zusammen. Die Antidiskriminierungsnetzwerke sind nicht nur auf eine Auseinandersetzung, z.B. mit Rechtsextremismus, fokussiert, sondern sensibilisieren entlang dem Diversity-Ansatz für Vielfalt und ein nichtrassistisches Miteinander. Laut Ministerium für Integration gibt es derzeit folgende Netzwerke in Baden-Württemberg:

- Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. – „Elele - Gemeinsam gegen Diskriminierung“. Homepage: www.tgbw.de/projekte.htm
- Menschenrechtszentrum Karlsruhe e.V. – Antidiskriminierungsbüro. Homepage: www.menschenrechtszentrum.de/
- Mosaik Deutschland e.V. – „hd.net-Respekt!“. Homepage: www.hd-respekt.de/

- Netzwerk für Gleichbehandlung Freiburg – „Unterschiede anerkennen – Vielfalt leben“. Homepage: www.vielfalt-freiburg.net
- Stadt Konstanz – Netzwerk Antidiskriminierung. Homepage: www.konstanz.de/wirtschaft/01620/index.html
- Netzwerk Antidiskriminierung e.V. Region Reutlingen-Tübingen – Homepage: www.netzwerk-antidiskriminierung.de

Polizei und Verfassungsschutz: Anonyme Anzeigen möglich

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg betreibt das Portal www.aktion-tu-was.de/ Dort sind Tipps gesammelt, wie man sich als Zeuge oder Zeugin von Straftaten am besten verhält und auch was man tun kann, wenn man z.B. von rechtsextremen Umtrieben Kenntnis erhält. Das Landeskriminalamt bietet auch eine Internetseite, über die anonyme Anzeigen bei Verdacht auf rassistische oder rechtsextremistische Straftaten aufgegeben werden können: www.bkms-system.net/bw-staatsschutz. Es wird darauf hingewiesen, dass das „BKMS® Hinweissystem“ für anonyme Anzeigen von schwerwiegenden Straftaten und Hinweise auf rechtsextremistische/-terroristische Strukturen eingerichtet wurde. Dazu zählen in der Regel Delikte oder Sachverhalte wie die Bildung terroristischer Vereinigungen; Brandanschläge; schwere Straftaten/Ausschreitungen bei Demonstrationen o.ä. (beispielsweise Landfriedensbruch); Treffen, Treffpunkte oder Veranstaltungen von rechtsextremistischen Personen und Gruppen; Überfälle zur Finanzierung von rechtsextremistischen/-terroristischen Aktivitäten; Sexualdelikte, die aus fremdenfeindlicher Motivation heraus begangen wurden. Bei anderen Ereignissen können Sie eine Polizeiwache aufsuchen oder einfach mit dem Telefon 110 wählen.

Beim Landesamt für Verfassungsschutz können Sie unter www.verfassungsschutz-bw.de unter dem Stichwort „Rechtsextremismus“ die aktuellen Fakten und Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über die rechtsextreme Szene in Baden-Württemberg nachlesen. Das Landesamt erteilt auch schriftlich oder telefonisch Auskünfte, falls Sie z.B. Fragen zu einer konkreten Gefahrenlage vor Ort haben. Das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landesamts für Verfassungsschutz erreichen Sie per E-Mail unter info@lfvbw.bwl.de oder telefonisch unter 0711/95 44-293/-427.

Sie sind selbst betroffen oder wollen sich über Anfeindungen oder Angriffe gegen andere beschweren?

Wenn Sie selbst von direkten oder indirekten sexistischen, rassistischen oder rechtsextremen Anfeindungen oder Angriffen betroffen sind oder wenn Sie sich über derartige Angriffe gegen andere, z.B. Flüchtlinge, beschweren wollen, können Sie sich an eine der hier genannten Beratungsstellen wenden. Sie können auch direkt Strafanzeige bei der Polizei stellen, z.B. wegen Beleidigung (§ 185 StGB), übler Nachrede (§ 186 StGB), Verleumdung (§ 187 StGB), Volksverhetzung (§ 130 StGB), Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen (§ 166 StGB).

Wenn Sie sich über diskriminierende oder nicht den Tatsachen entsprechende Berichterstattung in der Presse beschweren wollen, können Sie sich an den Deutschen Presserat wenden. Auf www.presserat.de können Beschwerden auch online vorgebracht werden. Der Presserat ist allerdings nicht zuständig für Rundfunk und Fernsehen und ebenso nicht für Blogs und Internetseiten.

Gehen Sie aktiv und auf der politischen Ebene gegen Diskriminierung und rechte Hetze vor, wie in den Handlungsempfehlungen von PRO ASYL oder Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) beschrieben. Schließen Sie sich mit anderen zusammen und suchen Sie im Ernstfall die Öffentlichkeit, z.B. durch Rundmails, Presseerklärungen, Pressekonferenzen, Informationsveranstaltungen, Kundgebungen oder Demonstrationen.

Informationen, Beratungsstellen und Netzwerke überregional

Bundeszentrale für politische Bildung: Wissen ist Macht

In umfangreichen Dossiers informiert die Bundeszentrale für politische Bildung auch über Rechtsextremismus und Rassismus und was dagegen getan werden kann. Das Dossier kann online hier nachgeschlagen werden: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/>

Interessant und hilfreich sind auch die kompakten Flyer der Reihe „Was sage ich, wenn...“. Diese gibt es u.a. zu folgenden Themen: Islamfeindlichkeit begegnen, Sexismus begegnen, Antisemitismus begegnen, Rassismus begegnen, Homophobie begegnen.

Onlineberatung gegen Rechtsextremismus

Der Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie“ betreibt ein Online-Beratungsportal gegen Rechts-Extremismus. Über das Portal können zeitnah alle Ratsuchenden, die sich aufgrund rechtsextremistischer, rassistischer oder anderer menschenfeindlicher Erscheinungen in ihrem Lebensumfeld beeinträchtigt fühlen, unterstützt werden. Über eine Datenbank können auch Adressen von Beratungsstellen in der näheren Umgebung abgefragt werden. Homepage: www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de/startseite.html.

Konflikte um Flüchtlingsunterkünfte: Was tun, damit's nicht brennt?

Unter diesem Titel haben die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus, die Evangelische Akademie zu Berlin und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin bereits im Herbst 2014 eine umfangreiche Broschüre mit Handlungsempfehlungen für ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Gruppen zusammengestellt, um rassistischer Mobilisierung im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge erfolgreich entgegenzuwirken. Die Broschüre kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/03/wastun_online.pdf

Ebenfalls von der Mobilen Beratung gegen Rechts-Extremismus Berlin stammt der Leitfaden „Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen“, in dem v.a. Empfehlungen zusammengetragen wurden, wie gehandelt werden kann, wenn RassistInnen oder RechtsextremistInnen bei öffentlichen Veranstaltungen auftauchen. Die Broschüre kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2013/12/mbr_faltblatt-2013-web1.pdf

PRO ASYL: Gemeinsam gegen Rassismus

„Anschläge auf geplante und bewohnte Flüchtlingsunterkünfte, Gewalttaten gegen Schutzsuchende, rassistische Hetze im Internet und auf der Straße: Das ist Alltag in Deutschland. Und dieser Terror geht nicht nur von einer kleinen radikalisierten Minderheit aus. Etablierte PolitikerInnen zünden mit, wenn sie rassistische Ressentiments der Bevölkerung als „Sorgen und Ängste“ verharmlosen, wenn sie selbst Stimmung gegen Flüchtlinge machen und so tun, als ließen sich rassistische Aggressionen gegen Flüchtlinge durch flüchtlingsfeindliche Politik befrieden. Doch was lässt sich

dagegen tun?“ schreibt PRO ASYL als Leitmotiv ihrer Kampagne „Gemeinsam gegen Rassismus“. Im Rahmen der Kampagne werden die auch als handliche Broschüre „pro Menschenrechte – contra Vorurteile“ erhältlichen Fakten gegen Vorurteile auch im Internet publiziert. PRO ASYL führt des Weiteren Informationen und Handlungsempfehlungen auf, wie gegen rechte Hetze vorgegangen werden kann und wie Veranstaltungen und Aktionen inhaltlich konzipiert werden können. Außerdem bietet PRO ASYL öffentlichkeitswirksame Aufkleber und Plakate an. Mehr Informationen: www.proasyl.de/thema/rassismus/

Amadeu Antonio Stiftung: Mut gegen rechte Gewalt

Auf einem vom Magazin Stern unterstützten Internetportal führt die Amadeu Antonio Stiftung eine Chronik rechtsextremistischer, rassistischer und antisemitischer Gewalt auf. Außerdem sammelt die Homepage umfangreiche Informationen zu Rechtsextremismus und Rassismus und bietet Beratung und Service in folgenden Bereichen: Informationen für Opfer und Zeugen rechtsextremer Gewalt; Hilfe für Aussteiger; Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR); Fortbildung & Trainings; Förderung von Projekten gegen Rechts-Extremismus; Tipps für Projekte; Links für Pädagogik und Schule; Umgang mit Nationalsozialismus; Flüchtlingsarbeit. Mehr Informationen: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/.